

**Beschluss  
der Stadtverordnetenversammlung**

14. September 2015  
1 von 2

**Weiterentwicklung der Wertstoffwirtschaft - Jetzt!**

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne  
- 101.17.1801 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Abfallwirtschaft muss zur Ressourcensicherung und zum Klimaschutz zu einer Wertstoffwirtschaft weiterentwickelt werden. Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Kassel wollen ihren Beitrag leisten und erwarten eine verbraucherfreundliche Entsorgung aus einer Hand. Die kommunalen und privaten Abfallunternehmen sollen eine ökologische und effektive Kooperation praktizieren. Deshalb halten wir folgende Marksteine für unabdingbar für eine zukünftiges Wertstoffgesetz:

1. Im Sinne der Verbraucher fordern wir...  
eine einheitliche Erfassung der Abfälle aus der Verpackung und stoffgleiche Nicht-Verpackungen als Wertstoffe, die in der alltäglichen Praxis größtenteils schon heute vom Verbraucher praktiziert wird.
2. Im Sinne der Ressourcenschonung fordern wir...  
eine hochwertige Verwertung der Wertstoffe durch ambitionierte Erfassungsmengen und Recyclingquoten, um eine möglichst hohe Wertstoffausbeute zu erzielen.
3. Im Sinne unbürokratischer und klarer Zuständigkeiten fordern wir...  
eine Organisationsverantwortung der Kommunen für die Erfassung der Wertstoffe, weil sich parallel Sammelsysteme bei den Haushalten nicht bewährt haben und der Bürger ihre Kommune als verantwortlichen und kompetenten Ansprechpartner in Sachen Abfallentsorgung ansehen. Die Zuständigkeit für die Erfassung der Wertstoffe soll für die Stadt Kassel bei dem Eigenbetrieb „Die Stadtreiniger“ liegen.
4. Im Sinne des Verursacherprinzips fordern wir...  
eine Erweiterung der Produktverantwortung, damit Hersteller und Inverkehrbringer als Verursacher der Abfälle für die Kosten der kommunalen Erfassung und der hochwertigen Verwertung aufkommen müssen und Schlupflöcher geschlossen werden.

5. Im Sinne von Transparenz und Effizienz fordern wir...

2 von 2

eine Trägerschaft für die Sortierung und Verwertung der Wertstoffe, die ökologischen Anforderungen gerecht wird, zuverlässig und stabil ist, bürokratischen Aufwand minimiert und förmlich im Wettbewerb vergeben wird.

Der Magistrat der Stadt Kassel wird deshalb gebeten, sich bei den Kommunalen Spitzenverbänden und bei der Hessischen Landesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihren Einfluss geltend machen und sich im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens und der Novellierung im Bundesrat für diese Zielsetzung einsetzen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

### **Beschluss**

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Weiterentwicklung der Wertstoffwirtschaft - Jetzt!, 101.17.1801, wird **zugestimmt**.

Petra Friedrich  
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin  
Schriftführerin